



HESSEN



Bericht aus Brüssel

15/2021 vom 30.07.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	9
Energie.....	11
Digital.....	11
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	13
Finanzen.....	14
Soziales.....	14
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	15
Umwelt.....	17
Landwirtschaft.....	18
Justiz.....	20
Inneres.....	21
Information, Kommunikation und Medien.....	24
EU-Förderprogramme.....	24
Veranstaltungen.....	25
Vorschau.....	27

Rat; Konferenz zur Zukunft Europas: Tagung des Exekutivausschusses

Am 19.07.2021 kam der Exekutivausschuss der Konferenz zur Zukunft Europas zu seiner sechsten Tagung zusammen und einigte sich u.a. darauf, den gewählten regionalen und lokalen Vertreterinnen und Vertretern sowie den Sozialpartnern mehr Sitze in der Plenarversammlung der Konferenz zuzuweisen. Somit beschloss der Ausschuss durch Änderung der Geschäftsordnung, dass insgesamt sechs gewählte Vertreterinnen und Vertreter der regionalen und sechs der lokalen Behörden in die Plenarversammlung der Konferenz hinzugefügt werden. Die Tagung fand zum ersten Mal unter dem slowenischen Ratsvorsitz statt, sodass der slowenische Staatssekretär im Anschluss an die Tagung äußerte, dass der beschlossene Schritt vor allem dazu beitragen solle, die Zukunftskonferenz über die Hauptstädte Europas hinaus zu bringen. Im September finden die ersten Sitzungen der europäischen Bürgerforen statt.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/konferenz-zur-zukunft-europas-mehr-mitspracherecht-fur-die-regionen-und-sozialpartner/>

Corona

Kommission; Unterzeichnung des ersten Vertrages für monoklonale Therapeutika

Die Kommission hat am 28.07.2021 den ersten Vertrag zur gemeinsamen Beschaffung von monoklonalen Therapeutika unterzeichnet. Die gemeinsame Beschaffung ist Bestandteil der EU-Strategie für COVID-19 Therapeutika. Bei dem Wirkstoff Sotrovimab (VIR-7831) von Glaxo Smith Kline handelt es sich um einen der fünf im Juni 2021 von der Kommission vorgestellten aussichtreichen Kandidaten, die von der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) aktuell in einem rollierenden Zulassungsverfahren überprüft werden. Sotrovimab ist ein Therapeutikum zur Bildung von monoklonalen Antikörpern, die das Spike-Protein des Corona-Virus am Eindringen in die menschlichen Zellen hindern sollen. Bis Ende Oktober sieht die EU-Strategie eine Zulassung von drei Therapeutika vor. An der gemeinsamen Beschaffung beteiligen sich 16 Mitgliedstaaten, insgesamt sollen in diesem Rahmen bis zu 220.000 Dosen an Therapeutika gesichert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3299

Kommission; EU-Impfkampagne erreicht Ziel

Die Kommission hat am 27.07.2021 mitgeteilt, dass das Ziel der EU-Impfkampagne erreicht wurde. Im Juli 2021 waren 70% aller Europäer und Europäerinnen einmal geimpft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_21_3921

Kommission; Karte zur Impfstoffproduktionskapazitäten gestartet

Die Kommission hat am 27.07.2021 eine Karte zu Impfstoffproduktionskapazitäten vorgestellt. Die Karte ermöglicht, interaktiv die Produktionskapazitäten von COVID-19-Impfstoffen in der EU aufzurufen. Neben den Herstellern können hier u.a. auch Zulieferer und Vertriebsstellen angezeigt werden. Lieferketten werden so auch dargestellt. Die interaktive Karte ist auf folgender Seite zu finden:

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/public-health/eu-vaccines-strategy_de

Kommission; Neue Leitlinien für COVID-Zertifikate und Luftverkehr

Die Kommission hat am 22.07.2021 neue Leitlinien für die Kontrolle von COVID-Zertifikaten für den Luftverkehr vorgelegt. Mit den Leitlinien sollen die Kontrollen des digitalen EU-COVID Zertifikats bei der Passagierüberprüfung im Luftverkehr erleichtert werden. Die Kommission geht in diesem Sektor im Juli 2021 von einer erheblichen Zunahme an Reiseaufkommen auf bis zu 60% Zahlen vor der Pandemie in 2019 aus. Um den Aufwand für Passagiere und Personal so gering wie möglich zu halten - und gleichzeitig eine sichere Kontrolle der Zertifikate zu ermöglichen – wird in den Leitlinien ein besser koordiniertes und harmonisiertes Verfahren in Flughäfen vorgeschlagen.

<https://ec.europa.eu/transport/sites/default/files/c20215594-covid-certificates.pdf>

Kommission; Über 200 Mio. Impfstoffdosen an ärmere Länder

Die Kommission hat am 22.07.2021 bekanntgegeben, dass über 200 Mio. Impfstoffdosen an ärmere Länder verteilt werden. Im Rahmen von „Team Europa“ soll so sichergestellt werden, dass auch Staaten mit niedrigem und mittlerem Einkommen mit Impfstoffen versorgt werden. Damit wird über das ursprüngliche Ziel von 100 Mio. Impfstoffdosen bis Ende 2021 sogar noch hinausgegangen. Die Verteilung wird primär über COVAX erfolgen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3845

EMA; Guillain-Barré-Syndrom als sehr seltene Nebenwirkung des Impfstoffs von Janssen aufgenommen

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat am 22.07.2021 das Guillain-Barré-Syndrom (GBS) als sehr seltene Nebenwirkung des Janssen-Impfstoffs aufgenommen. Bei GBS handelt es sich um eine neurologische Störung. Auch ein Warnhinweis wurde in die Produktinformationen aufgenommen, um die Angehörigen der Gesundheitsberufe und die Personen, die den Impfstoff einnehmen, zu sensibilisieren.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/covid-19-vaccine-janssen-guillain-barre-syndrome-listed-very-rare-side-effect>

Rat; Aktualisierte Liste zur Aufhebung von Reisebeschränkungen

Der Rat hat am 15.07.2021 eine aktualisierte Liste der Staaten, Sonderverwaltungsregionen und anderen Gebietskörperschaften zur Aufhebung von Reisebeschränkungen veröffentlicht. Dabei sollten die Reisebeschränkungen ab dem 15.07.2021 für die Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine aufgehoben werden. Gleichzeitig nimmt der Rat Ruanda und Thailand wieder von der Liste herunter.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10768-2021-INIT/de/pdf>

Team Europa; Bau einer Impfstoffproduktionsstätte in der Republik Senegal

Team Europa hat am 09.07.2021 den Förderungen der Impfstoffproduktion in der Republik Senegal zugestimmt. Ziel ist es, die derzeitige große Abhängigkeit Afrikas von Impfstoffen aus dem Ausland zu reduzieren. Dafür werden durch Team Europa 6,75 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Aktuell wird nur 1 % der verabreichten Impfstoffe auf dem afrikanischen Kontinent produziert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3562

Kommission; Vorschlag zur Verlängerung der gegenwärtigen Slot-Regelung

Am 23.07.2021 hat die Kommission vorgeschlagen, die aufgrund der Covid-19 Pandemie gesenkten Vorgaben für die Nutzung von Start- und Landerechten über den 31.10.2021 hinaus bis 27.03.2022 zu verlängern. Laut Verkehrskommissarin Adina Vălean soll die niedrige Vorgabe bestehen bleiben, um künftigen unvorhergesehenen Umständen der COVID-19 Pandemie entgegenzutreten. Fluggesellschaften müssen

die ihnen zugestandenen Start- und Landrechte (Slots) an großen Verkehrsflughäfen während eines Flugplans normalerweise zu 80% tatsächlich nutzen, um in der Flugplanperiode des Folgejahres ihr Recht darauf zu wahren. Wegen der COVID-19 Pandemie strichen aber zahlreiche Fluggesellschaften ihre Verbindungen. Daraufhin hatte die EU von März 2020 bis März 2021 diese Vorgaben vollständig ausgesetzt. Ab März 2021 wurde die Nutzungsrate bis 31.10.2021 auf 50% abgesenkt.

https://ec.europa.eu/transport/modes/air/news/2021-07-26-slot-relief-rules_sl

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Mandatsentwurf für Verhandlungen mit GBR zu Gibraltar

Am 20.07.2021 hat die Kommission eine Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und GBR zu Gibraltar angenommen. Gibraltar wurde nicht in den Anwendungsbereich des Handels- und Kooperationsabkommens aufgenommen, weshalb sich die Kommission schon damals dazu verpflichtet hatte, Verhandlungen über ein gesondertes Abkommen aufzunehmen. Die Empfehlung beruht in großen Teilen auf dem bilateralen Abkommen zwischen ESP und GBR, das Fragen der Souveränität und der Hoheitsgewalt unberührt lässt. Die vorgeschlagenen Lösungen zielen darauf ab, physische Kontrollen und Personen- und Warenkontrollen an der Landesgrenze zwischen ESP und Gibraltar möglichst abzuschaffen, ohne dabei die Integrität des Schengen-Raums und des Binnenmarkts zu gefährden. Zusätzlich werden auch Zuständigkeiten für Asyl, Rückführungen, Visa, Aufenthaltstitel, operative polizeiliche Zusammenarbeit und Informationsaustausch geregelt. Hierfür sind ein solider Verwaltungsmechanismus, die Kontrolle des Abkommens nach vier Jahren, die Möglichkeit der einseitigen Aufkündigung sowie die Möglichkeit einer einseitigen Aussetzung der Anwendung vorgesehen.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/gibraltar_recomm_com411_en.pdf

Kommission; Rat; Roadmaps zur Umsetzung des Nordirland-Protokolls

Bereits am 13.07.2021 hat die EU ihren endgültigen Vorschlag zur Roadmap bezüglich der weiteren Umsetzung des Nordirland-Protokolls veröffentlicht. Am 21.07.2021 folgte der britische Gegenentwurf in Form eines „Command Papers“, womit GBR effektiv die Neuverhandlung großer Teile des Protokolls fordert. Die Roadmap der EU besteht aus 23 noch strittigen Punkten, für die sowohl technische als auch politische Lösungen gefunden werden müssen. Die Roadmap beinhaltet feste Fristen und Etappenziele, durch die die weitere Umsetzung in einen klaren zeitlichen Rahmen gefasst werden soll. Das Gegenstück aus GBR hingegen weist solche klaren Fristen nicht vor. Vielmehr sei GBR überzeugt, dass das Protokoll in seiner jetzigen Form nicht umsetzbar sei, weil dies die lokalen Begebenheiten so ergeben hätten. Unter anderem soll die Rolle des EuGH bei der EU-Rechtsauslegung in Nordirland eingeschränkt werden. Außerdem sollen die Governance-Strukturen des Protokolls stärker an bereits bestehenden Freihandelsabkommen orientiert werden. Dies sehe u.a. auch vor, dass Waren ohne Zollkontrollen nach und von Nordirland ein- und ausgeführt werden können. Für die EU stehen diese Forderungen aber nicht zur Verhandlung, wie Vizepräsident Šefčovič in seiner entsprechenden Erklärung verdeutlichte.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_21_3821

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1004581/CCS207_CCS0721914902-001_Northern_Ireland_Protocol_PRINT_1_2_.pdf

Kommission; Veröffentlichung des Jahresberichts 2020 über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts

Die Kommission hat am 23.07.2021 ihren Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts 2020 vorgelegt. Im Jahr 2020 hat die Kommission insgesamt 903 neue Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. 599 Verfahren betrafen die verspätete Umsetzung von Richtlinien Gegen DEU waren 2020 79 Vertragsverletzungsverfahren anhängig, ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr mit 70 Verfahren. 28 Verfahren wurden neu eröffnet, die meisten davon in den Bereichen Umwelt (7 Verfahren) und Verkehr (6 Verfahren). DEU liegt mit Platz 22 im letzten Drittel der Mitgliedstaaten.

https://ec.europa.eu/info/law/law-making-process/applying-eu-law/infringement-procedure/2020-annual-report-monitoring-application-eu-law_en

Kommission; Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

Die Kommission hat am 27.07.2021 eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Aktualisierung der Auflistung der Projekte und EU-Förderprogramme von EU-Interesse bei der Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen (ADI) eröffnet. Ziel der Verordnung über die Überprüfung der ADI ist es, die Mitgliedstaaten und die Kommission stärker für die für die Risiken bestimmter ADI zu sensibilisieren, die unter bestimmten Umständen die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung in der Union beeinträchtigen können. Vorhaben und EU-Förderprogramme, die einen erheblichen Betrag oder einen bedeutenden Anteil an Unionsmitteln beinhalten oder die unter das Unionsrecht fallen und kritische Infrastrukturen, kritische Technologien oder kritische Vorleistungen, die für die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung von wesentlicher Bedeutung sind, werden in der Verordnung im Anhang aufgeführt. Die Kommission soll durch delegierte Rechtsakte ermächtigt werden, Änderungen in dieser Liste vorzunehmen. In Anbetracht der Entwicklungen seit der letzten Aktualisierung des Anhangs am 13.07.2020 wurde jetzt ein erneuter Entwurf eines delegierten Rechtsakts zur Aktualisierung vorgelegt, in der u.a. das neue Weltraumprogramm, aber auch Horizont Europa, das neue Digitalprogramm etc. aufgeführt werden. Die Konsultationsfrist endet am 24.08.2021.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12928-Überprüfung-ausländischer-Direktinvestitionen-Auflistung-der-Projekte-&-Programme-von-EU-Interesse-Aktualisierung_de

Kommission; Ermittlung gegen Anbieter für Verteildienste von Flugtickets eingestell

Die Kommission gab am 19.07.2021 bekannt, die Ermittlungen gegen die Unternehmen Amadeus und Sabre, die Buchungssysteme für Fluglinien und Reiseagenturen anbieten, nicht weiter zu verfolgen. Die Ermittlungen wurden im November 2018 eröffnet, basierend auf Bedenken über die Vereinbarungen, die die Anbieter mit diversen Reiseagenturen und Fluglinien getroffen haben. Diese könnten die EU-Wettbewerbspolitik verletzt haben. Die Kommission ist nun zu dem Entschluss gekommen, dass die momentane Beweislage nicht ausreicht, um die Ermittlungen fortzuführen. Die Kommission kündigte aber an, die Entwicklungen im Sektor der Anbieter für Buchungssysteme von Flugtickets weiter zu beobachten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_3785

Kommission; Startschuss für zwei neue Industriallianzen

Die Kommission verkündete am 19.07.2021 den Startschuss für zwei neue Industriallianzen. Die erste Allianz bezieht sich auf Prozessoren und

Halbleitertechnologien. Diese bieten die Grundlage für die Energieeffizienz und das Sicherheitsniveau einer Vielzahl an wirtschaftlichen Aktivitäten. Indem Design- und Fertigungskapazitäten zur Entwicklung und Produktion von Mikrochips in Europa sichergestellt werden, soll sowohl der industrielle Fortschritt gefördert als auch die industriellen Abhängigkeiten verringert werden. Ziel ist es, den europäischen Anteil an der weltweiten Produktion von Halbleitern bis 2030 auf 20% zu erhöhen. Die zweite Allianz bezieht sich auf Industriedaten, Edge und Cloud. Diese Allianz soll der Entwicklung von energieeffizienten und hochsicheren europäischen Industrie-Clouds, dienen, um damit die technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/cloud-alliance>

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/alliance-processors-and-semiconductor-technologie>

Kommission; Erste Investitionen des Innovationsfonds in Projekte zur Dekarbonisierung der Wirtschaft

Die Kommission veröffentlichte am 27.07.2021 ihre Pläne, in 47 kleine innovative Projekte insgesamt 122 Mio. EUR des Innovationsfonds zu investieren, um die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft und die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 voranzubringen. Davon sollen 118 Mio. EUR in Projekte investiert werden, die CO2-arme Technologien und Technologien in den Bereichen Wasserstoff, Energiespeicherung und erneuerbare Energien auf den Markt bringen. Die Projekte befinden sich in 14 Mitgliedstaaten sowie in Island und Norwegen. Zwei Projekte haben einen Standort in DEU („Aquila“ in Berlin und „CarBatteryReFactory“ in Deggendorf, Bayern). Die ausgewählten Projekte zielen darauf ab, ein breites Spektrum der europäischen Industrie und Energiewirtschaft zu dekarbonisieren. Des Weiteren werden 4,4 Mio. EUR zur Unterstützung der Weiterentwicklung von 15 Projekten freigegeben, wovon sich drei Projekte in DEU befinden („Equigy CBP“ und „CESAR“ der Black Magic GmbH, beide aus dem Bereich alternative Energiespeicherung und „VerBioChem“, welches sich mit Biokraftstoffen und Bioraffinerien befasst). Ziel ist es, die finanzielle oder technische Reife der Projekte voranzubringen, um sie dann im Rahmen künftiger Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für den Innovationsfonds erneut vorzulegen.

https://ec.europa.eu/clima/sites/default/files/innovation-fund/202107_if-lsc_list_of_projects_awarded_pda_en.pdf

https://ec.europa.eu/clima/sites/default/files/innovation-fund/202107_if-ssc_list_of_pre-selected_projects_en.pdf

Kommission; interaktive Webseite zu den EU-Kohäsionsfonds 2021-2027

Die Kommission startete am 23.07.2021 eine neue Webseite, um die Kohäsionspolitik und die neuen Regeln zur EU-Förderung in der neuen Finanzperiode 2021 bis 2027 den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Die Webseite umfasst eine detaillierte Aufschlüsselung der insgesamt 392 Mrd. EUR an EU-Mitteln für die Kohäsionspolitik. Die Webseite bezieht sich auf den Europäische Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds plus, den Kohäsionsfonds und den Just Transition Fund. Die Webseite ist interaktiv aufgebaut: Die anfänglichen Mittelzuweisungen (in laufenden Preisen) sind nach Mitgliedstaat, Kategorie der Region und nach Fonds aufgeteilt.

<https://cohesiondata.ec.europa.eu/stories/s/2021-2027-EU-allocations-available-for-programming/2w8s-ci3y/>

Kommission; Ausweitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

Die Kommission hat am 23.07.2021 Vorschriften angenommen, die den Anwendungsbereich der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) ausweiten. Dadurch können Mitgliedstaaten künftig weitere bestimmte Beihilfemaßnahmen ohne vorherige Prüfung durch die Kommission durchführen. Dies soll den digitalen und ökologischen Übergang und die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie fördern. Die überarbeiteten Vorschriften betreffen Beihilfen für nationale Projekte, die im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens stehen. Bei den betreffenden nationalen Mitteln handelt es sich um durch den Fonds „InvestEU“ unterstützte Finanzierungen und Investitionen. Außerdem geht es um Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekte, die im Rahmen von Horizont 2020 oder Horizont Europa ein Exzellenzsiegel erhalten haben sowie kofinanzierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder Teaming-Maßnahmen. Schließlich geht es um Projekte der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit. Darüber hinaus handelt es sich um erforderliche Beihilfen für den ökologischen und digitalen Übergang, die gleichzeitig der Erholung von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie dienen. Diese umfassen Beihilfen für Vorhaben zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, Beihilfen für die Lade- und Tankinfrastruktur für emissionsarme Straßenfahrzeuge, Beihilfen für feste Breitband-Netze sowie 4G- und 5G-Mobilfunknetze und für bestimmte transeuropäische Infrastrukturprojekte für digitale Konnektivität.

https://ec.europa.eu/competition-policy/state-aid/legislation/regulations_en

Kommission; Bericht über die Verwaltung des Garantiefonds des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Am 28.07.2021 veröffentlichte die Kommission ihren jährlichen Bericht zu der Verwaltung des Garantiefonds (GF) des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) im Jahr 2020. Der Bericht beinhaltet eine Bewertung der Angemessenheit des Zielbetrags, des Umfangs des EFSI-GF und der Notwendigkeit einer Auffüllung. Zum 31.12.2020 beliefen sich die Unterzeichnungen im Rahmen des EFSI auf insgesamt 82,7 Mrd. EUR in allen Mitgliedstaaten. Davon entfielen 57,2 Mrd. EUR auf Innovationen und Entwicklung und 25,5 Mrd. EUR auf kleine und mittelständische Unternehmen. Die Kommission stellt fest, dass dies einen erheblichen Anstieg im Vergleich zu 31.12.2019 darstellt, als sich die Unterzeichnungen auf insgesamt 68,7 Mrd. EUR beliefen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2021%3A427%3AFIN&qid=1627551040925>

Kommission; neue technische Leitlinien für die Sicherung der Klimaverträglichkeit von Infrastrukturprojekten

Die Kommission hat am 29.07.2021 neue technische Leitlinien für die Sicherung der Klimaverträglichkeit von Infrastrukturprojekten im Zeitraum 2021 – 2027 veröffentlicht. Die Leitlinien sollen dazu beitragen, bei künftigen Investitionen und der Entwicklung von Infrastrukturprojekten (von Gebäuden und Netzinfrastrukturen bis zu einem breiten Spektrum an baulichen Systemen und Vermögenswerten) Klimaerwägungen durchgängig zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieser Leitlinien soll es europäischen institutionellen Anlegern und privaten Investoren ermöglicht werden, fundierte Entscheidungen über künftige Projekte zu treffen, die mit dem Übereinkommen von Paris und den Klimazielen der EU vereinbar sind. In den technischen Leitlinien sind gemeinsame Grundsätze und Verfahren für Ermittlung, Klassifizierung und Bewältigung physischer Klimarisiken bei der Planung, Entwicklung, Durchführung und Überwachung von Infrastrukturprojekten und -programmen festgelegt.

https://ec.europa.eu/clima/sites/default/files/adaptation/what/docs/climate_proofing_guidance_en.pdf

Rat; Diskussion über nachhaltige Entwicklung in der Textil- und den energieintensiven Industrien

Am 22.07.2021 diskutierte der informelle Ministerrat "Wettbewerbsfähigkeit (Industrie)" über eine kreislauforientierte, kreative und intelligente Zukunft der Textilindustrie und der energieintensiven Industrien. Während der Debatte betonten die Ministerinnen und Minister, eine aktualisierte Industriestrategie sei der Weg zur Erholung und zur Klimaneutralität in den beiden Ökosystemen. Ein wichtiger Rahmen sei das "Fit for 55"-Paket und das Konzept der Kreislaufwirtschaft. Zudem wurde hervorgehoben, dass der grüne und digitale Wandel essentiell für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Entwicklung neuer Technologien und Innovationen sei. Ein fairer Wandel, die Verfügbarkeit von Rohstoffen und das Angebot von Qualifikationen und Umschulungsmöglichkeiten stehen dabei im Fokus. Gerade in der Textilindustrie gäbe es großen Bedarf an technischen Normen und Standards. Angesprochen wurden auch die Überarbeitung des Emissionshandelssystems, der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sowie Investitionen in das Recycling von hoher Qualität.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/nachhaltige-entwicklung-eine-gelegenheit-fur-die-textilindustrie-und-energieintensive-industrien/>

V e r k e h r

Kommission; Genehmigung der Beihilfen für TAP Air Portugal

Die Kommission genehmigte am 16.07.2021 eine von PTL angemeldete Beihilfe, die ein Rettungsdarlehen in Höhe von 1,2 Mrd. EUR zugunsten der TAP Air Portugal ermöglicht. Dieser Beschluss wurde notwendig, da das Gericht der Europäischen Union (EuG) mit Urteil vom 19.05.2021 den ursprünglichen Rettungsbeihilfebeschluss der Kommission für nichtig erklärt hatte. Das EuG räumte der Kommission die Möglichkeit ein, innerhalb von zwei Monaten einen neuen Beschluss zu erlassen, um die Mängel zu beheben. Mit dem neuen Beschluss wird die Rettungsbeihilfe erneut genehmigt, und es werden, wie vom EuG gefordert, die Gründe für die Genehmigung der Beihilfe in Bezug auf die Situation der TAP-Gruppe und ihrer Anteilseigner im Juni 2020 dargelegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3741

Kommission; Deutsche Garantieregelung für die Anschaffung klimafreundlicher Nutzfahrzeuge

Die Kommission hat am 22.07.2021 eine mit 507,5 Mio. EUR ausgestattete Beihilferegulierung für die Anschaffung klimafreundlicher Nutzfahrzeuge genehmigt, die von DEU angemeldet wurde. Sie gilt bis Ende 2024. Die Beihilfe wird auf Grundlage eines Ausschreibungsverfahrens gewährt und dient der Förderung bestimmter umweltfreundlicher Wirtschaftstätigkeiten und Emissionsminderungen. Die Regelung ist nicht branchenspezifisch. Eine mögliche Maßnahme ist eine Prämie von maximal 80% der Preisdifferenz zwischen klimafreundlichen und konventionellen Dieselnutzfahrzeugen oder der Investitionskosten für Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge. Eine weitere Fördermöglichkeit ist der Erlass von maximal 50% der Kosten für Umweltstudien.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210722-deutsche-garantieregelung-klimafreundliche-nutzfahrzeuge_de

Kommission; Beihilfen für Flughäfen und Bodenabfertigungsdienstleister in ITL

Die Kommission hat am 26.07.2021 eine mit 800 Mio. EUR ausgestattete, Beihilferegelung genehmigt, die von ITL beantragt worden war. Damit sollen Flughäfen und Bodenabfertigungsunternehmen in ITL für die durch den Coronavirus-Ausbruch und die Reisebeschränkungen entstandenen Schäden zwischen dem 01.03.2020 und dem 14.07.2020 entschädigt werden. Die Beihilfe soll in Form von direkten Zuschüssen gewährt werden, solange die Unternehmen über eine Betriebsgenehmigung der italienischen Zivilluftfahrtbehörde verfügen. Mit einem Rückforderungsmechanismus wird gewährleistet, dass Beihilfeempfänger eine über die tatsächlichen Verluste hinausgehende Unterstützung wieder zurückzahlen müssen.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3 SA 63074](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_63074)

Kommission; Beihilfe für Fluggesellschaft Condor

Die Kommission genehmigte am 27.07.2021 eine von DEU eingereichte Beihilfe in Höhe von 525,3 Mio. EUR für die Fluggesellschaft Condor, basierend auf Verlusten, die in der Coronakrise erlitten wurden. Die Genehmigung beruht auf drei separaten Beschlüssen. Der erste Beschluss wurde notwendig aufgrund des Urteils des Gerichts der Europäischen Union (EuG) vom 09.06.2021. Das EuG hatte entschieden, dass der Beschluss der Kommission vom 26.04.2020, der Schadenersatz zugunsten von Condor für den Zeitraum vom 17.03.2020 bis zum 31.12.2020 genehmigt hatte (zwei Darlehen mit einem Nennwert von 550 Mio. EUR und ein Beihilfebetrug von insgesamt 267,1 Mio. EUR, beruhend auf Vorab-Schätzungen des Schadens), nichtig ist. Daraufhin hat die Kommission einen neuen Beschluss erlassen, der auf einer nachträglichen Analyse des tatsächlich entstandenen Schadens („Condor I“) und dem EuG-Urteil beruht. Als Resultat hat die Kommission einen neuen Betrag von 144,1 Mio. EUR für den Zeitraum vom 17.03.2020 bis zum 31.12.2020 genehmigt. Mit einem zweiten Beschluss hat die Kommission außerdem einen zusätzlichen Schadenersatz in Höhe von 60 Mio. EUR für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.05.2021 genehmigt (Condor II). Mit einem dritten Beschluss wurde eine Umstrukturierungshilfe genehmigt, mit der der Umstrukturierungsplan von Condor, der seit Oktober 2019 gilt und im September 2023 auslaufen soll, mit insgesamt 321,2 Mio. Euro unterstützt wird, um die Rentabilität von Condor wiederherzustellen.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3 SA 63203](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_63203)

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3 SA 63617](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_63617)

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3 SA 56867](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_56867)

Kommission; Beihilfe für Air France

Die Kommission hat die von FRA eingereichten Staatsbeihilfen für Air France am 27.07.2021 neu bewertet und genehmigt. Die Genehmigung der Kommission für die Liquiditätssoforthilfe der französischen Fluglinie war ursprünglich am 04.05.2020 veröffentlicht worden. Ein Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) vom 19.05.2021 hatte jedoch angezweifelt, dass Air France tatsächlich der einzige Begünstigte der französischen Beihilfemaßnahme ist und nicht auch die niederländische Tochtergesellschaft KLM. Durch Miteinbezug zusätzlicher Elemente wurde nun die mit insgesamt 7 Mrd. EUR ausgestattete Maßnahme in Form einer staatlichen Darlehensgarantie und eines nachrangigen Gesellschafterdarlehens des französischen Staates gewährt. Die Maßnahme basiert auf Betriebsverlusten, die durch die Reisebeschränkungen in der COVID-19 Pandemie entstanden sind.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_57082

Energie

Kommission; Französische Beihilfe zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen

Die Kommission genehmigte am 27.07.2021 eine von FRA eingereichte Beihilferegulierung im Umfang von 30,5 Mrd. EUR zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Ziel ist es, die Zielvorgaben für erneuerbare Energien ohne übermäßige Wettbewerbsverfälschungen und die Klimaneutralität bis spätestens 2050 zu erreichen. Im Rahmen der Maßnahme sollen zwischen 2021 und 2026 sieben Arten von Ausschreibungen für insgesamt 34 GW an neuer Kapazität zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen erfolgen. Die Beihilfen können bis zu 20 Jahre nach Anschluss der neuen Stromerzeugungsanlage an das Netz ausgezahlt werden. Die Ausschreibungen beziehen sich auf Betreiber von Solar-, Onshore-Wind- und Wasserkraftanlagen.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_50272

Digital

Kommission; Genehmigung Übernahme Telekom Romania Communications durch Orange SA

Die Kommission gab am 28.07.2021 bekannt, dass sie die geplante Übernahme von Telekom Romania Communications („TKR“) durch Orange SA („Orange“) nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Voraussetzung ist die Veräußerung der 30-prozentigen Minderheitsbeteiligung von TKR an Telekom Romania Mobile Communications („TRMC“), einem direkten Wettbewerber von Orange. Orange und TKR erbringen Telekommunikationsdienstleistungen in ROM sowohl auf der Einzelhandels- als auch auf der Vorleistungsebene. Die wichtigsten Tätigkeiten von Orange beziehen sich auf den Mobilfunk. TKR ist hauptsächlich in der Festnetzkommunikation und dem TV-Bereich tätig. TKR wird indirekt von der Deutschen Telekom kontrolliert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3941

Forschung

Kommission; Forschungsraum; Pakt für Forschung und Innovation

Am 16.07.2021 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum sog. „Pakt für Forschung und Innovation in Europa“ angenommen. Dieser Pakt soll die Zusammenarbeit zwischen Kommission und Rat im Bereich der Forschung und der Entwicklung (F&E) intensivieren und die EU-Politik auf diesem Feld vertiefen. Der Entwurf des Paktes definiert die Werte und Prinzipien sowie Ziele und Prioritäten der künftigen Kooperation. Der Pakt soll künftige ehrgeizigere Investitionsverpflichtungen der Mitgliedstaaten in Forschung und Entwicklung festschreiben, darunter das Ziel, auf nationaler Ebene 3% des BIP dem Bereich F&E zu widmen und Investitionen auf Basis europäischer Zusammenarbeit vorzunehmen. Eine EFR-Plattform (Europäischer Forschungsraum) soll darüber hinaus die Koordinierung der Forschungsaktivitäten auf EU-Ebene und nationalstaatlicher Ebene vereinfachen und so den Austausch über

bewährte Praktiken in Bezug auf Reform- und Investitionsansätze begünstigen. Ein Fokus des Paktes gilt insbesondere auch der Wissenschaftsfreiheit. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit innerhalb der EU sollen die Forschungs- und Innovationsziele schneller und effektiver angegangen und größere Effekte erzielt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210716-europaeischer-forschungsraum_de

Kommission; Forschungsrat; neues Arbeitsprogramm für ERC-Förderung

Der Europäische Forschungsrat (ERC), eine Agentur der EU, hat am 19.07.2021 das neue Arbeitsprogramm für das kommende Jahr samt anstehenden Ausschreibungen des ERC im Funding und Tender Portal der Kommission bekannt gegeben. Der ERC ist fester Bestandteil der ersten Säule des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ und verwaltet die Ausschreibungen zu den renommierten ERC-Grants. Diese Zuschüsse richten sich an exzellente Forschende aller Nationalitäten in den verschiedensten Disziplinen. Insgesamt steht für das Arbeitsprogramm 2022 ein Budget von rund 2,4 Mrd. EUR zur Verfügung. Im Arbeitsprogramm werden nach einer Pause im Jahr 2021 wieder sog. „Synergy Grants“ ausgeschrieben. Synergy Grants bieten Unterstützung für eine Gruppe von zwei bis vier Forschenden, die gemeinsam ehrgeizige Forschungsfragen angehen möchten. Diese Ausschreibung läuft bis zum 10.11.2021. Im Rahmen dieses Arbeitsprogramms erfolgen auch zwei weitere Ausschreibungen zum sog. „ERC Proof of Concept“. Die Ausschreibungsfrist fällt auf den 14.10.2021. Um Auswirkungen der Pandemie auf die Forschenden zu berücksichtigen, bietet das Arbeitsprogramm die Möglichkeit für Antragstellende, in ihrem Forschungsvorschlag auf pandemiebedingte Herausforderungen hinzuweisen, die einen negativen Einfluss auf ihren Lebenslauf oder ihre Erfolgsbilanz hatten. Dies wird laut Kommission bei der Bewertung der Vorschläge berücksichtigt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210714-eu-pionierforschung_de

Kommission; 120 Mio. EUR für elf neue Forschungsprojekte gegen das Coronavirus

Am 22.07.2021 hat die Kommission über die Ergebnisse der letzten Ausschreibung zur Sars-Cov-2-Forschung informiert. Die Ausschreibung war von der Kommission im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms in Höhe 120 Mio. EUR zur Erforschung des Sars-Cov2-Virus und seiner Varianten veröffentlicht worden. Unter den elf Projekten, an denen insgesamt 312 Forschungsteams aus 40 Staaten beteiligt sind, finden sich vor allem klinische Studien für Therapien und Impfstoffe sowie Projekte zur Entwicklung von Coronavirus-Kohorten und -Netzwerken in großem Maßstab, auch über Europa hinaus. Gefördert werden sollen zudem auch Projekte zur Verbesserung des Daten- und Wissensaustauschs sowie Projekte zur Erweiterung des Zugangs zu Forschungsinfrastruktur. Auch zwei hessische Projekte sind von der Kommission ausgewählt worden. Beide Projekte werden an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main durchgeführt. Zum einen handelt es sich dabei um das von Frankfurt aus koordinierte Projekt „COVend“ (Prof. Zacharowski), das mit digitalen Instrumenten unter Einsatz Künstlicher Intelligenz mit 18 Partnern Möglichkeiten zum Verhindern schwerer Verläufe erforschen soll. Zum anderen wird das Forschungsinfrastrukturprojekt „ISIDORE“ gefördert, an dem die Goethe-Universität mit Prof. Schwalbe beteiligt ist (Projekttitel: Integrated Services for Infectious Disease Outbreak Research). In diesem Projekt sind insgesamt 157 Einrichtungen involviert. Die von der EU geförderten Projekte sollen zur schnellen Bekämpfung des Coronavirus und seiner Varianten beitragen, indem sie Möglichkeiten aufzeigen, wie die Ausbreitung letzterer verhindert oder abgeschwächt werden kann. Die Ausschreibung der Kommission wurde im Kontext des europäischen

Bereitschaftsplans zur Vorsorge gegen biologische Gefahren im Zusammenhang mit COVID-19-Varianten durchgeführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3803

Kommission; Konsultation; EFR-Fahrplan für kohlenstoffarme Technologien

Am 27.07.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Fahrplan für industrielle Technologien für energieintensive Industrien im Rahmen des Europäischen Forschungsraums (EFR) eingeleitet. Dieser Fahrplan ist eine von mehreren Roadmaps für industrielle Technologien, welche die Kommission zur Umsetzung der neuen EU-Industriestrategie bis Ende 2022 entwickeln möchte. In diesem speziellen Fall geht es um die Dekarbonisierung besonders energieintensiver Industrien als Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen der EU um 55% bis 2030 und zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050. Der Fahrplan soll dazu beitragen, bereits existierende bahnbrechende Technologien weiterzuentwickeln und serienreif zu machen, sodass diese im großen Maßstab von der Industrie eingesetzt werden können. In einer ersten Phase sollen daher Informationen über den Entwicklungsstand und die Verwendung kohlenstoffarmer industrieller Technologien gesammelt werden. Dafür sollen Industrie und andere Interessensträger befragt werden.

<https://errin.eu/news/consultation-first-era-industrial-technology-roadmap-low-carbon-tech>

Kommission; Forschungsrahmenprogramm; Model Grant Agreement

Die Kommission hat am 23.07.2021 einen Entwurf („pre-draft“) der vereinfachten Fassung des sog. Model Grant Agreements (Musterfinanzhilfevereinbarung) veröffentlicht. Dabei handelt es sich um das einschlägige, mit Anmerkungen versehene EU-Dokument, in dem die Bedingungen für EU-Zuschüsse aus dem neuen Forschungsrahmenprogramm festgelegt sind. Das Dokument soll Antragstellenden für „Horizont Europa“-Projekte helfen, die verwendeten juristischen Termini und bestimmte Begrifflichkeiten zu verstehen. Das Dokument erläutert Einzelheiten des Verfahrens der Gewährung der Grants (Zuschüsse), wie z.B. die Berechnung der Personalkosten, den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum und Vertraulichkeitsklauseln. Die wohl wesentlichste Änderung ist die Art und Weise, nach der die Personalkosten berechnet werden. Die verschiedenen Methoden zur Berechnung der Personalkosten werden nun durch eine einzige Tagessatzformel ersetzt.

https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf

Finanzdienstleistungen

Kommission; Gesetzgebungsvorschläge zur Stärkung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Die Kommission hat am 20.07.2021 ein Paket von Gesetzgebungsvorschlägen vorgelegt, mit denen die EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gestärkt werden sollen. Ein zentraler Bestandteil des vorgelegten Legislativpakets ist die von der Kommission intendierte Schaffung einer neuen Geldwäschebehörde, die die Aufsicht über die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in der EU und die Zusammenarbeit zwischen den zentralen Meldestellen (FIU) verbessern soll. Zudem sollen mit einer Verordnung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mit unmittelbar geltenden Vorschriften die Vorschriften EU-weit harmonisiert werden. Ein weiterer Punkt ist die

Ausweitung der EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auf den gesamten Krypto-Sektor. Ferner schlägt die Kommission eine EU-weite Barzahlungsobergrenze von 10.000 EUR vor, um Geldwäscheaktivitäten weiter einzudämmen.

https://ec.europa.eu/info/publications/210720-anti-money-laundering-counter-terror-financing-terrorism_de

Finanzen

EZB; Kein Ende der ultra-lockeren Geldpolitik in Sicht

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) bekräftigte am 22.07.2021 in seiner ersten Zinssitzung nach der Verabschiedung seiner modifizierten geldpolitischen Strategie den expansiven Kurs mit Zinsen auf Rekordtief und milliardenschweren Anleihekäufen. EZB-Präsidentin Lagarde betonte in der Pressekonferenz, dass die mittelfristigen Inflationsaussichten nach wie vor deutlich unter dem im Zuge der kürzlich abgeschlossenen Strategieüberprüfung festgelegten neuen symmetrischen Inflationsziel von 2% liegen. Daher untermauert die EZB das Bekenntnis, einen dauerhaft akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten, um das neu gesteckte Inflationsziel zu erreichen. Somit bleibt der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Die Ankäufe im Rahmen des Notfallprogramms PEPP werden mit einem Volumen von insgesamt 1,85 Bio. EUR fortgeführt. Der EZB-Rat wird die Nettoankäufe mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange durchführen, bis die Phase der Coronavirus-Krise seiner Einschätzung nach überstanden ist. Auch die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR werden fortgesetzt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.mp210722~48dc3b436b.de.html>

Rat; Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 26.07.2021 trafen sich die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zu einer Videokonferenz. Diskutiert wurde das von der Kommission am 20.07.2021 vorgelegte Paket von Gesetzgebungsvorschlägen, mit denen die EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gestärkt werden sollen. Ferner fand ein Austausch über die Durchführungsbeschlüsse des Rates zur Genehmigung der nationalen Konjunktur- und Resilienzpläne für KRO, CYP, LIT und SLO statt. Die formelle Verabschiedung der Beschlüsse soll im schriftlichen Verfahren erfolgen. Die Ministerinnen und Minister diskutierten auch die weitere Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2021/07/26/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Informal+video+conference+of+economy+and+finance+affairs+ministers

Soziales

Kommission; Konsultation zur Praktika-Qualität gestartet

Die Kommission hat am 28.07.2021 eine Konsultation zum Qualitätsrahmen für Praktika gestartet. Ziel ist es, die bisherigen Ergebnisse des Qualitätsrahmens und seine fortwährende Relevanz zu bewerten. Das Vorhaben stellt einen Bestandteil des

im März vorgestellten Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte dar. Rückmeldungen sind bis 25.08.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13118-Qualitätsrahmen-fur-Praktika-Uberprufung-Evaluierung-de>

Kommission; Öffentliche Konsultation zu EU-Standards für Gleichstellungsstellen

Die Kommission hat am 23.07.2021 eine Konsultation zu verbindlichen EU-Standards für Gleichstellungsstellen gestartet. Mit der Initiative strebt die Kommission an, die Gleichstellungsstellen hinsichtlich ihres Mandats und ihrer Befugnisse beim Schutz vor Diskriminierung und in den Geltungsbereichen der EU-Gleichstellungsvorschriften mit europäischen Mindeststandards auszustatten. Die bis zum 20.08.2021 laufende Konsultation ist öffentlich. Ein entsprechender Richtlinienvorschlag soll im dritten Quartal vorgelegt werden. Ziel ist es, zur Umsetzung des EU- Antirassismus Aktionsplans, der EU-LGBTIQ Strategie und der EU-Romastrategie beizutragen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13098-Gleichstellungsstellen-verbindliche-Standards-de>

Kommission; Konsultation für Barrierefreie Web- & digitale Inhalte für Menschen mit Behinderungen

Die Kommission eröffnete am 19.07.2021 eine Konsultation, in der Daten und Ansichten der Interessenträger eingeholt werden, um die Bewertung der Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet und ihrer Durchführungsbestimmungen zu unterstützen. Ziel der Konsultation ist die Bewertung von Richtlinien, die den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu öffentlichen Dienstleistungen und Informationen erleichtern, barrierefrei gestalten und die soziale und digitale Inklusion verbessert sollen. Zudem soll Zweckmäßigkeit und Relevanz der Rechtsvorschriften geprüft werden. Die Frist für die Rückmeldung endet am 25.10.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12537-Accessible-web-&-digital-content-for-people-with-disabilities-review-of-EU-rules/public-consultation-de>

Kommission; Veröffentlichung eines Berichts zu Einsamkeit in der Pandemie

Die Kommission hat am 26.07.2021 einen Bericht zum Thema Einsamkeit im Kontext der Pandemie präsentiert. Erstellt wurde der Bericht von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission. Auf Basis von Umfragen und einer Erhebung von Medien-Daten in 10 Mitgliedstaaten kommt der Bericht zu dem Befund, dass in der Pandemie die Einsamkeit vor allem bei Personen der Altersgruppen 18 - 35 Jahren zugenommen hat. Die Ergebnisse sollen die Grundlage für die weitere Erforschung des Phänomens Einsamkeit in der EU dienen. Hierfür ist eine EU-weite Erhebung im Jahr 2022 vorgesehen. Ziel ist es, die sozialen Auswirkungen von Einsamkeit besser verstehen zu können und – auch im Kontext des Grünbuchs Altern – entsprechende Maßnahmen auf europäischer Ebene ergreifen zu können.

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC125873>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Veröffentlichung von ‚Non-Paper‘ zu Arzneimitteln im Rahmen des IRL und Nordirland Protokolls

Die Kommission hat am 26.07.2021 ein ‚Non-Paper‘ zum Rahmen des IRL und Nordirland Protokolls veröffentlicht. Bei einem „Non-Paper“ handelt es sich um informelles Dokument, das jedoch die grundsätzliche Verhandlungsposition

widerspiegelt, die, in diesem Fall, die Kommission zu einem bestimmten Thema einnimmt. Konkret hat das Papier die Arzneimittelversorgung in Nordirland zum Gegenstand. Ziel der Kommission ist es, dass die Versorgungslage in Nordirland durchgängig gewährleistet ist. Die Arzneimittelversorgung wurde in dem vom der Kommission zum Nordirlandprotokoll am 30.06.2021 angekündigten Maßnahmenpaket als vorrangiger Bereich eingestuft.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/eu_non-paper-proposed-solution_medicines_en.pdf

Rat; Verhandlungsmandat zum ECDC und zu grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren

Am 23.07.2021 verständigte sich der Rat auf ein Verhandlungsmandat zum Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und zu grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren. Das ECDC soll im Rahmen der Vorschläge eine gestärkte Rolle erhalten. Die Überarbeitung der Verordnung über grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren soll eine verbesserte Reaktion auf diese Gefahren hervorbringen. Im Rahmen der Überarbeitung wurden u.a. eine erhöhte Kommunikation mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und gesteigerte Datenschutzbestimmungen eingefügt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11091-2021-INIT/en/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11093-2021-INIT/en/pdf>

ECDC; Risikoeinschätzung für Langzeitpflegeeinrichtungen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 26.07.2021 eine Risikoeinschätzung zur Situation für Langzeitpflegeeinrichtungen in der Pandemie veröffentlicht. Trotz der Impferfolge sind auch weiterhin COVID-19-Ausbrüche im Jahr 2021 in Langzeitpflegeeinrichtungen zu beobachten. Ausschlaggebend hierfür sind die höhere Virusverbreitung sowie der geminderte Impfschutz bei Bewohnern und Bewohnerinnen der Langzeitpflegeeinrichtungen. Zudem ist die Wirksamkeit der zugelassenen Impfstoffe gegenüber der Delta-Variante allgemein geringer.

<https://www.ecdc.europa.eu/sites/default/files/documents/COVID-19-in-LTCFs-in-the-EU-EEA-in-the-context-of-current-vaccination-coverage.pdf>

Kommission; Forderung nach mehr Transparenz bei Google

Um Verbraucherrechte im Internet zu schützen, hat die Kommission am 26.07.2021 gemeinsam mit nationalen Verbraucherschutzbehörden den Suchmaschinenbetreiber Google zu mehr Transparenz und zur Einhaltung des EU-Rechts aufgefordert. Neben der Funktionsweise der Suchmaschine wurden auch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) und Meldeverfahren zu illegalen Inhalten bemängelt. Unter anderem soll Google nun darlegen, nach welchen Kriterien die Ergebnisse seiner Suchmaschinenfunktion per Ranking gelistet werden. Zudem soll Google den Verbrauchern in den AGB mehr Rechte zusichern und gemeldete illegale Inhalte schneller entfernen. Die Kommission wird die beteiligten nationalen Verbraucherschutzbehörden bei der Bewertung der Antwort von Google unterstützen und bewerten, ob die von Google erwarteten Zusagen ausreichend sind. Andernfalls wird ein Folgegespräch stattfinden und die nationalen Behörden werden die Möglichkeit haben, Sanktionen gegen Google zu verhängen. Die Kommission erklärte, von Google werde erwartet, dass das Unternehmen transparent erklärt, wie die Ergebnisse seiner Suchmaschinenfunktion gerankt werden und ob Zahlungen das Ranking beeinflussen können. Google müsse Endpreise von Flügen und Hotels inklusive Gebühren oder Steuern, die im Voraus kalkuliert werden können, darstellen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210726google_de

Kommission; EU-Waldstrategie für 2030 vorgestellt

Die Kommission hat am 16.07.2021 die neue EU-Waldstrategie für 2030 vorgestellt. Es handelt sich dabei um eine Initiative im Rahmen des europäischen Grünen Deal, die auf der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 basiert. Die Strategie trägt auch zu dem am 14.07.2021 vorgeschlagenen Maßnahmenpaket „Fit for 55“ bei, mit dem die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% reduziert werden sollen. Die Strategie soll dazu beitragen, dass die EU ihrer Zusage nachkommen kann, den Abbau von CO₂ durch natürliche Senken gemäß dem Klimagesetz zu erhöhen. Die Waldstrategie soll die Multifunktionalität der Wälder in der EU auch für die Zukunft gewährleisten, die Quantität und Qualität der Wälder in der EU steigern und ihren Schutz, ihre Wiederherstellung und ihre Widerstandsfähigkeit stärken. Damit verpflichtet sich die EU zum strengen Schutz von Primär- und Altwäldern, zur Wiederherstellung geschädigter Wälder und zur Gewährleistung ihrer nachhaltigen Bewirtschaftung unter Wahrung der Ökosystemdienstleistungen. Die Strategie fördert die klima- und biodiversitätsfreundliche Waldbewirtschaftungsmethoden, betont die Notwendigkeit, die Nutzung von Holzbiomasse im Rahmen der Nachhaltigkeit zu halten und fördert eine ressourcenschonende Holznutzung. Die EU-Waldstrategie wird durch einen Fahrplan für die Anpflanzung von drei Mrd. zusätzlichen Bäumen in Europa bis 2030 ergänzt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3723

Kommission; Konsultation; EU-Vorschriften für Altfahrzeuge

Am 20.07.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 2000/53/EG über Altfahrzeuge online gestellt. Ziel der Initiative ist es, Sammlung, Behandlung und Recycling von Altfahrzeugen zu verbessern. Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal sollen Automobilhersteller ihre Fahrzeuge künftig nachhaltiger konzipieren und herstellen. Die EU-Richtlinie über Altfahrzeuge existiert bereits seit dem Jahr 2000 und zielt darauf ab, die Verwendung gefährlicher Stoffe in Fahrzeugen zu vermeiden. Sie schreibt außerdem vor, dass die meisten Altfahrzeugteile und -materialien wiederverwendet oder recycelt werden müssen. Eine Überprüfung der derzeit gültigen Richtlinie hat laut Kommission einige Schwachstellen aufgezeigt. Dazu gehört unter anderem die Tatsache, dass eine große Anzahl von Altfahrzeugen, insbesondere LKW und Motorräder, bisher nicht in deren Geltungsbereich fallen. Ein weiteres Problem ergebe sich durch den technologischen Fortschritt, wodurch nicht mehr alle heutzutage im Kraftfahrzeugbau gängigen Materialien, z.B. seltene Rohstoffe für Elektrofahrzeuge, von der Richtlinie abgedeckt werden. Rückmeldungen zur Initiative der Kommission können noch bis zum 26.10.2021 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12633-Altfahrzeuge-Überarbeitung-der-EU-Vorschriften_de

Kommission; Konsultation zu Regeln für Schadstoffe in Oberflächen- und Grundwasser

Am 26.07.2021 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine Überarbeitung der EU-Vorschriften für Schadstoffe in Oberflächengewässern und im Grundwasser zur Konsultation gestellt. Konkret geht es dabei um Schadstofflisten, die in der Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG), in der Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und in der Grundwasserrichtlinie (Richtlinie 2006/118/EG) enthalten sind. Diese Listen definieren sogenannte prioritäre Stoffe, für die Grenzwerte gelten und deren Freisetzung reduziert werden soll. Gemäß den genannten Richtlinien ist die Kommission dazu verpflichtet, die darin enthaltenen

Schadstofflisten regelmäßig zu überprüfen. Eine Eignungsprüfung („Fitness-Check“) der EU-Wassergesetzgebung durch die Kommission hatte 2019 ergeben, dass die Rechtsvorschriften der EU in diesem Bereich zwar weitgehend ihren Zweck erfüllten, an einigen Stellen aber noch zu verbessern sind. Verbesserungsbedarf bestehe u.a. in Bezug auf die Verunreinigung von Gewässern durch Chemikalien. Im Einklang mit dem Null-Schadstoff-Aktionsplan der Kommission sollen daher die Listen der Schadstoffe in den genannten Richtlinien auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Rückmeldungen zum Vorschlag der Kommission können bis zum 01.11.2021 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12662-Integrierte-Wasserbewirtschaftung-uberarbeitete-Listen-von-Schadstoffen-in-Oberflachengewassern-und-im-Grundwasser_de

Rat; Umweltrat; Diskussion zum Klimapaket „Fit for 55“

Am 20.07.2021 tagte erstmals unter slowenischem Vorsitz der Rat für Umwelt in informeller Sitzung. Zentraler Tagesordnungspunkt war der Meinungs-austausch der Ratsdelegationen über das Gesetzespaket "Fit for 55", das die Kommission am 14.07.2021 mit dem Ziel vorgelegt hatte, die Treibhausgasemissionen bis 2030 in der EU mit um 55% zu reduzieren. Die Ministerinnen und Minister begrüßten die Ausarbeitung des Legislativpakets durch die Kommission und betonten, dass das Paket eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen darstelle. Die slowenische Ratspräsidentschaft erklärte, eine „ausgewogene“ Vereinbarung erzielen zu wollen. Dabei sollten die Leitprinzipien Solidarität, Ehrgeiz und Effizienz verfolgt werden. Die Ratsdelegationen berieten auch über die in Glasgow ab dem 31.10.2021 anstehenden Klimaverhandlungen im Rahmen der internationalen Klimakonferenz COP26.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/die-ministerinnen-und-minister-fur-umwelt-bei-der-tagung-in-slowenien-uber-das-legislativpaket-fit-for-55-und-die-internationale-klimakonferenz-cop26/>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Bericht Antibiotikaresistenzen; Nutztierhaltung

Die Kommission hat am 26.07.2021 ihren sechsten Fortschrittsbericht über den europäischen One-Health-Aktionsplan gegen antimikrobielle Resistenz veröffentlicht. Den Bericht legte die Kommission im Rahmen des sog. One-Health-Aktionsplans gegen Antibiotikaresistenzen (AMR) vor. Der Fortschrittsbericht zeigt die Weiterentwicklung der einschlägigen Initiativen auf EU-Ebene im letzten Halbjahr auf. Die sog. Joint Action on Antimicrobial Resistance and Healthcare-Associated Infections (JAMRAI), eine Initiative, die gemeinsame Aktivitäten und die Entwicklung von Strategien in den Mitgliedstaaten unterstützte, wurde im Februar 2021 abgeschlossen. Pandemiebedingt hatte das AMR One-Health-Netzwerk der Kommission über einen längeren Zeitpunkt nicht getagt. Die Kommission ist bestrebt, das festgelegte Ziel zu erreichen, den Gesamtumsatz antimikrobieller Mittel in der EU für Nutztiere und in der Aquakultur bis 2030 um 50 % zu senken. Die EU-Verordnungen zu Tierarzneimitteln und zu Medizinalfuttermitteln seien laut Bericht eine „geeignete Grundlage“, um den Gesamtumsatz zu senken. Trotz der Fortschritte bei der Reduktion des Antibiotikaeinsatzes bestünden durchaus Unterschiede beim Einsatz je nach Mitgliedstaat und Arzneimitteltyp. Zahlreiche Mitgliedstaaten der EU hätten inzwischen nationale Aktionspläne verabschiedet und teilweise auch bereits umgesetzt.

<https://ec.europa.eu/newsroom/sante/newsletter-archives/33948>

Rat; Tagung des Rats Landwirtschaft und Fischerei

Am 19.07.2021 tagte erstmals unter slowenischem Vorsitz der Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ in Brüssel. Dabei stellte der Ratsvorsitz seine Prioritäten vor. Dazu gehören u.a. die EU-Waldstrategie, die Entwicklung des ländlichen Raums, die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ sowie der Abschluss der GAP-Reform. Im Anschluss tauschten sich die Delegationen zu einer Mitteilung der Kommission über einen Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft aus, zu der auch Ratsschlussfolgerungen gebilligt wurden. Die Ministerinnen und Minister begrüßten darin den Aktionsplan der Kommission und lobten insbesondere dessen marktorientierten Ansatz. Vor allem die Mitgliedstaaten, in denen bisher nur wenig Ökolandbau betrieben wird, betonten aber auch die unterschiedliche Ausgangslage in den verschiedenen Ländern und forderten, dass diese Unterschiede berücksichtigt werden. Der Aktionsplan enthält 23 Maßnahmen, die zur Förderung des Konsums von Bio-Produkten, zum Ausbau der Bio-Produktion und zur Stärkung von deren Nachhaltigkeit beitragen sollen. Außerdem tauschten sich die Delegationen über drei Initiativen zur Verbesserung des Tierschutzes in der EU aus. Zunächst informierte die Kommission über die Europäische Bürgerinitiative „End the Cage Age“ und ihren Vorschlag, die Käfighaltung in Europa schrittweise auslaufen zu lassen. Sodann informierte die österreichische Delegation über eine Studie, die die Einführung von Mindeststandards in der Truthahnhaltung empfiehlt. Schließlich informierten die deutsche und die französische Delegation über ihren Vorstoß zum Verbot der systematischen Tötung männlicher Küken im Legehennensektor und luden die anderen Mitgliedstaaten dazu ein, ihrem Beispiel zu folgen. Alle drei Initiativen trafen auf grundsätzliche Zustimmung.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2021/07/19/>

Kommission; Kooperation der EU mit Japan in der Landwirtschaft

Bei einem hochrangigen Treffen am 26.07.2021 im Vorfeld des UN-Gipfels zum Thema Ernährungssysteme in Rom haben Janusz Wojciechowski, Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, und Kōtarō Nogami, japanischer Minister für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, in einer gemeinsamen Stellungnahme die Zusammenarbeit der EU und Japans im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gelobt. Insbesondere betonten sie die große Bedeutung von Forschung und Innovation für den Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung. Die bilaterale Kooperation in diesem Bereich solle daher unter Berücksichtigung der ökologischen, kulturellen und sozialen Besonderheiten beider Partner weiter gestärkt werden.

https://ec.europa.eu/info/news/eu-and-japan-announce-increased-cooperation-sustainability-and-innovation-agriculture-2021-jul-27_de

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren wegen unlauterer Handelspraktiken im Agrar- und Lebensmittelsektor

Am 27.07.2021 hat die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen 12 Mitgliedstaaten (MS) eingeleitet, da diese die Richtlinie (EU) 2019/633 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (sog. UTP-Richtlinie) aus Sicht der Kommission nicht ausreichend umgesetzt haben. Die Richtlinie wurde 2019 verabschiedet und soll europäische Landwirte sowie kleine und mittlere Lieferanten vor insgesamt 16 unlauteren Handelspraktiken größerer Käufer in der Lebensmittelversorgungskette schützen. Konkret soll die Richtlinie die Position der Landwirte gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel stärken, indem sie unlautere Handelspraktiken, wie verspätete Zahlungen oder kurzfristige Stornierungen von verderblichen Lebensmitteln, verbietet. Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht endete am 01.05.2021. DEU und 14 weitere MS haben der Kommission bereits

mitgeteilt, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie ergriffen zu haben und damit deren Umsetzung für abgeschlossen erklärt. An 12 MS, die die Richtlinie bisher nicht oder nur teilweise umgesetzt haben, hat die Kommission nun förmliche Aufforderungsschreiben verschickt. Die betroffenen Staaten müssen innerhalb von zwei Monaten darauf reagieren und die entsprechenden vorgesehenen rechtlichen Maßnahmen zur Abhilfe ergreifen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3903

Kommission; Konsultation; Änderung der Schutzmaßnahmen gegen Pflanzenschädlinge

Am 27.07.2021 hat die Kommission ihren Entwurf für eine Durchführungsverordnung zur Änderung der Schutzmaßnahmen gegen Pflanzenschädlinge zur Konsultation veröffentlicht. Die Durchführungsverordnung beinhaltet insbesondere verschiedene Änderungen in den Anhängen der Durchführungsverordnung (EU) 2019/7072. Rückmeldungen zum Entwurf der Kommission können noch bis zum 24.08.2021 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13162-Amendment-of-protective-measures-against-pests-of-plants_de

J u s t i z

Kommission; Rechtstaatlichkeitsbericht 2021

Am 20.07.2021 veröffentlichte die Kommission den Rechtstaatlichkeitsbericht 2021. In dem Bericht werden die zentralen Entwicklungen innerhalb der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten (MS) dargestellt. Dabei stehen vier Bereiche im Fokus: Justizwesen, Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und -freiheit sowie die Gewaltenteilung. In einigen MS werde die Unabhängigkeit der Justiz durch eine zunehmende Einflussnahme der Exekutive geschwächt. Bei der Korruptionsbekämpfung bestehe teilweise noch Handlungsbedarf, insgesamt stünden die MS aber gut da. In mehreren MS hätte sich die Situation von Journalistinnen und Journalisten verschlechtert. Ferner wurde festgestellt, dass der Vorrang des EU-Rechts in einigen MS nicht mehr unangefochten anerkannt würde.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication_2021_rule_of_law_report_de_0.pdf

Rat; informelle Tagung der Justizministerinnen und Justizminister

Am 16.07.2021 haben sich die Justizministerinnen und -minister zu einem informellen Rat getroffen. Thematische Schwerpunkte der Sitzung waren zum einen die künstliche Intelligenz im Hinblick auf Grundrechte, Privatsphäre und Datenschutz und zum anderen eine kinderfreundliche Justiz. Ferner wurde darüber debattiert, ob beim digitalen Erben die vertraglichen Regelungen der Anbieter noch geeignet seien, um den Hinterbliebenen ausreichenden Zugang zum digitalen Erbe, z.B. zu Nutzerkonten, zu ermöglichen.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/justizministerinnen-und-minister-uber-kunstliche-intelligenz-und-kindgerechte-justiz-1/>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen POL und HUN wegen Diskriminierung von LGBTIQ

Die Kommission hat am 15.07.2021 ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen POL und HUN eröffnet. Gegenstand des Verfahrens sind staatliche Maßnahmen der beiden Mitgliedstaaten, mit denen LGBTIQ diskriminiert werden. Im Fall von POL geht die Kommission davon aus, dass die polnischen Behörden nicht angemessen auf die

Einrichtung von sogenannten LGBT-freien Zonen reagiert haben. Im Fall HUN geht es um ein am 08.07.2021 in Kraft getretenes Gesetz, das Publikationen verbietet, die Kindern und Jugendlichen zugänglich sind und nicht-heterosexuelle Beziehungen darstellen. Auch wird Werbung verboten, in der Homosexuelle oder Transsexuelle als Teil einer Normalität erscheinen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3668

I n n e r e s

Kommission; sichere Quanteninfrastrukturinitiative nimmt weitere Hürde

Am 28.07.2021 gab die Kommission bekannt, dass sich IRL als letzter Mitgliedstaat verpflichtet habe, gemeinsam mit der Kommission und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) eine sichere Quantenkommunikationsinfrastruktur (European Quantum Communication Infrastructure Initiative, EuroQCI) aufzubauen. Ziel der Initiative ist die Schaffung hochleistungsfähiger und zugleich sicherer Kommunikationsnetze, die den Cybersicherheitsanforderungen von Regierungen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen in der EU genügen. Die EuroQCI soll Teil eines satellitengestützten Konnektivitätssystems werden, das in der gesamten EU Breitbandverbindungen in Hochgeschwindigkeit gewährleisten soll. Dazu soll die EuroQCI die Quantenkryptografie sowie innovative und sichere quantenbasierte Systeme in herkömmliche Kommunikationsinfrastrukturen integrieren und diese durch eine zusätzliche, auf der Quantenphysik basierende Sicherheitsebene ergänzen. Auf diese Weise sollen insbesondere die sensible Kommunikation und Daten in der EU und von kritischen Einrichtungen geschützt werden. Das EuroQCI soll aus einem terrestrischen Segment mit Glasfaserkommunikationsnetzen und einem satellitengestützten Weltraumsegment bestehen und im Jahr 2027 voll funktionsfähig sein.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210728-cybersicherheit-eu_de

Rat; informelle Sitzung der EU-Innenministerinnen und -minister

Am 15.07.2021 fand eine erste informelle Sitzung der EU-Innenministerinnen und -minister unter slowenischem Vorsitz statt, an der auch Innen-Kommissarin Ylva Johansson teilnahm. Gegenstand der Meinungs austausche und Aussprachen waren das neue Migrations- und Asylpaket der Kommission, die künftige Gestaltung des Schengen-Raums, die Auswirkungen digitaler Dossiers auf die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden und die Stärkung der Zusammenarbeit mit der Westbalkan-Region. Im Rahmen des offenen Austauschs zur Asyl- und Migrationspolitik konnte in der strittigen Frage der Verteilung von Verantwortung und der Solidarität kein substantieller Fortschritt erzielt werden, der Dialog werde jedoch fortgeführt. Gearbeitet werde darüber hinaus an einem raschen Abschluss der Überarbeitung der EURODAC-Verordnung, an der Stärkung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern und effektiveren Rückführungen. Bei der Gestaltung des Schengen-Raums müsse ein umfassender Ansatz gewählt werden, der ein Gleichgewicht der Kontrollen an den Außengrenzen und der Maßnahmen innerhalb des Schengen-Raums gewährleisten. Gegenstand der Aussprache zu den Auswirkungen digitaler Dossiers auf die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden waren insbesondere der Vorschlag für die Verordnung über künstliche Intelligenz und seine Auswirkungen auf die Arbeit der Polizei.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/innenministerinnen-und-innenminister-zeigten-den-politischen-willen-zur-erzielung-eines-schrittweisen-fortschritts-zur-gestaltung-einer-gemeinsamen-migrationspolitik-der-europaischen-union/>

EASO; operative Unterstützung für LIT

Am 15.07.2021 gab das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) den Einsatz von 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Unterstützung der litauischen Asylbehörden bekannt. Die Unterstützung solle teils vor Ort und teils virtuell bis zum Jahresende geleistet werden und insbesondere die Kapazitäten zur Registrierung und Verarbeitung von Asylanträgen sowie zur Aufnahme von Asylantragstellern erhöhen. In jüngster Zeit war der Migrationsdruck in LIT aus Richtung Belarus drastisch angestiegen, sodass auch Einsatzkräfte der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) zur Unterstützung entsandt wurden.

<https://easo.europa.eu/news-events/lithuania-receive-immediate-operational-support-easo>

Rat; Geltung der EU-Terroristenliste verlängert

Am 19.07.2020 verlängerte der Rat die Geltungsdauer der sogenannten EU-Terroristenliste, die als Reaktion auf die Anschläge vom 11.09.2001 erstmals im Dezember 2001 festgelegt wurde und mindestens halbjährlich überprüft wird, um weitere sechs Monate. Die Liste enthält 14 Personen und 21 Organisationen, die an Terrorhandlungen beteiligt waren und weiterhin restriktiven Maßnahmen unterliegen sollen. Von der Terroristenliste zu unterscheiden ist die EU-eigene Sanktionsregelung gegen Al-Qaida und ISIL/Da'esh, mit der unabhängig von den bestehenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen verhängt werden können, die mit Al-Qaida und ISIL/Da'esh verbunden sind. Zu den gegen die sechs Personen auf der Liste verhängten Maßnahmen gehören Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/07/19/eu-terrorist-list-council-renews-restrictive-measures-to-combat-terrorism-for-a-further-six-months/>

EP; Frontex-Untersuchungsgruppe legt Abschlussbericht vor

Am 20.07.2021 legte die Arbeitsgruppe für die Kontrolle der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) im EP ihren Abschlussbericht vor. Vier Monate lang hatten die 14 Mitglieder der Arbeitsgruppe unter der Leitung von MdEP Roberta Metsola (EVP/MTA) die gegen Frontex erhobenen Vorwürfe im Hinblick auf Grundrechtsverletzungen und unzureichende interne Beschwerde- und Kontrollmechanismen untersucht. In ihrem Abschlussbericht kommt die Arbeitsgruppe im Wesentlichen zu dem Ergebnis, dass verschiedene zuverlässige Akteure Grundrechtsverstöße an verschiedenen EU-Außengrenzen gemeldet hätten. Frontex habe auf diese Meldungen sowie auf interne Berichte über mögliche Grundrechtsverletzungen jedoch nur unzureichend reagiert. Beweise für eine Beteiligung von Frontex-Einheiten an sogenannten Pushbacks oder kollektiven Ausweisungen seien in den untersuchten Fällen nicht gefunden worden. Gleichwohl hätten Frontex Beweise für Grundrechtsverletzungen in Mitgliedstaaten, mit denen gemeinsamen Operationen durchgeführt würden, vorgelegen, ohne dass diese verfolgt und damit die Risiken künftiger Verletzungen verringert worden seien. Die Mechanismen innerhalb der Agentur zur Überwachung und Untersuchung möglicher Grundrechtsverletzungen sowie zur Zusammenarbeit mit betroffenen Mitgliedstaaten wiesen Mängel auf, die verzögerte Rekrutierung von Grundrechte-Beobachtern werde nachdrücklich missbilligt. Die unzureichende Kooperation des Frontex-Exekutivdirektors Fabrice Leggeri sei besorgniserregend, zudem hätte der Frontex-Verwaltungsrat eine deutlich aktivere Rolle bei der Untersuchung der Vorwürfe spielen müssen. Die Mitgliedstaaten und die Kommission seien aufgerufen, ihrer Verantwortung außerhalb des Verwaltungsrats gerecht zu werden, sodass die Verhinderung und Verfolgung von Grundrechtsverstößen im Rahmen der Ausübung

des Frontex-Mandats gewährleistet sei. In einer eigenen Mitteilung begrüßte Frontex den Bericht und die Entlastung von den Vorwürfen einer Beteiligung an Grundrechtsverletzungen. Es seien bereits viele der im Bericht enthaltenen Empfehlungen aufgegriffen worden, um interne Mechanismen zu verbessern.

https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/238156/14072021%20Final%20Report%20FSWG_en.pdf

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-welcomes-report-by-the-scrutiny-working-group-0AQJWY>

EASO; aktuelle Zahlen zu Asylantragstellungen vorgelegt

Am 21.07.2021 legte das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) aktuelle Zahlen zu den Asylantragstellungen in der EU im Mai 2021 vor. Danach seien in diesem Zeitraum rund 37.800 Anträge gestellt worden, lediglich 3% mehr als im April 2021 mit dem niedrigsten Wert seit dem Sommer 2020. Zeitgleich seien rund 41.500 erstinstanzliche Entscheidungen ergangen, was einen deutlichen Rückgang um 17% gegenüber den starken Vorgängermonaten (> 50.000) bedeute. Dennoch sei es erneut gelungen, den Entscheidungsrückstau abzubauen. Die Anerkennungsquote habe bei rund 32% gelegen. Während die meisten Antragsteller weiterhin aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, dem Irak und Nigeria stammten, habe die Zahl der Antragsteller aus Mali, Marokko, Senegal und Gambia wieder auf dem Rekordniveau aus dem März 2021 gelegen (5.500), was den Anstieg der irregulären Migration auf der Westafrika-Route widerspiegele. Obwohl zuletzt Menschen aus Marokko, Tunesien und Algerien nach Menschen aus Syrien für den Großteil illegaler Grenzübertritte verantwortlich gewesen seien, seien von Menschen aus diesen Ländern überraschend wenig Asylanträge gestellt worden. Dies spreche dafür, dass Menschen aus diesen Ländern angesichts niedriger Anerkennungsquoten vermehrt von Asylantragstellungen absähen. 1.500 Anträge auf internationalen Schutz seien von unbegleiteten Minderjährigen gestellt worden.

<https://easo.europa.eu/news-events/many-arrivals-magheb-few-asylum-applications>

Kommission; Hilfe mittels Katastrophenschutzverfahren für Migranten in LIT

Am 23.07.2021 gab die Kommission bekannt, dass auf Ersuchen LITs zur Bewältigung des dort in jüngster Zeit drastisch erhöhten Migrationsdrucks mit Mitteln des EU-Katastrophenschutzverfahrens Unterstützung geleistet werde. Bereitgestellt würden u.a. Zelte, Decken und Notstromaggregate. Das europäische Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen übernehme die Transportkosten. Angesichts des erhöhten Zustroms von Migranten aus Richtung Belarus hatten bereits die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) Missionen zur Unterstützung LITs organisiert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3846

Kommission; Soforthilfe für ITL nach Waldbränden

Am 25.07.2021 gab die Kommission bekannt, dass auf Ersuchen ITLs infolge verheerender Waldbrände auf Sardinien GRI und FRA Soforthilfe im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens mobilisierten. Die zwei von FRA bereitgestellten Löschflugzeuge seien Teil des Europäischen Katastrophenschutz-Pools, während die zwei von GRI entsandten Flugzeuge rescEU-Einsatzmittel seien. Der Europäische Katastrophenschutz-Pool soll jederzeit ausreichende Katastrophenschutzkapazitäten gewährleisten, in Notfällen soll die rescEU-Reserve lebensrettende Unterstützung leisten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3881

Kommission; interaktives Tool zu Fördermöglichkeiten im Bereich Medien und Audiovisuelles

Die Kommission hat am 23.07.2021 ein interaktives Mapping-Tool gestartet, um den Medien- und audiovisuellen Sektor mit EU-Fördermitteln in Verbindung zu bringen. Es soll damit der Zugang zu Informationen über EU-Finanzierungsmöglichkeiten sowohl für den audiovisuellen Sektor als auch für die Nachrichtenmedien erleichtert werden. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Fachleute des audiovisuellen Sektors und der Medien alle neuen EU-Finanzierungsmöglichkeiten nutzen können. Das Tool enthält Informationen über die kommenden Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027. Diese Initiative ist Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets zur Unterstützung der Erholung und Umgestaltung des audiovisuellen und des Mediensektors, wie im Aktionsplan für Medien und audiovisuelle Medien angekündigt.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/tool-funding-media>

EU – Förderprogramme

Kommission; Start des Pilotprojektes, um mehr Frauen an die Spitze von innovativen Tech-Start-ups zu bringen

Am 13.07.2021 hat die Kommission die Ausschreibung für das Projekt: „Women TechEU“ veröffentlicht. Das neue EU-Förderprogramm dient der Unterstützung von Deep-Tech-Start-up Unternehmen (Spitzentechnologie), die von Frauen geleitet werden. Es wird aus dem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa im Bereich „Innovations-Ökosysteme“ mit insgesamt 2 Mio. EUR finanziert. Die Mittel werden durch einen Budgettransfer aus dem Etat des Europäischen Innovationsrates (EIC) bereitgestellt. Die Projektergebnisse sollen zu folgenden Ergebnissen beitragen: Unterstützung von Deep-Tech-Innovationen als Grundlage für eine moderne, wissensbasierte, ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft; Förderung weiblicher Führungskräfte in der Deep-Tech-Branche, um ein gerechteres, integrativeres und wohlhabenderes Innovationsökosystem in Europa aufzubauen. Das neue Programm richte sich an hochinnovative Start-ups, die von Frauen gegründet oder mitbegründet wurden und die zum Zeitpunkt der Einreichung eine Führungsposition im Unternehmen innehaben. Das Unternehmen müsse zum Zeitpunkt der Einreichung seit mindestens sechs Monaten in einem EU-Mitgliedstaat oder einem mit Horizont Europa assoziierten Land registriert und niedergelassen sein. Die finanzielle Unterstützung für das Unternehmen in Form eines individuellen Zuschusses betrage 75.000 EUR zur Unterstützung von Aktivitäten wie der Verbesserung des Geschäftsmodells, der Aktualisierung des Geschäftsplans und der Wachstumsstrategie oder der Suche nach Partnern und Investoren. Einsendeschluss ist der 10.11.2021.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/horizon-eie-2021-scaleup-01-03;callCode=null;freeTextSearchKeyword=Women;matchWholeText=true;typeCodes=1,0;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLe=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

Veranstaltungen

Hessens Livestream: Die neue Industriepolitik für Europa – Innovativ, intelligent, und international

Am 19.07.2021 hatte die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich zum Thema „Die neue Industriepolitik für Europa – Innovativ, intelligent, und international“ in die Hessische Landesvertretung eingeladen. Kerstin Jorna, Generaldirektorin der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU erläuterte im Gespräch mit der EU-Korrespondentin für die WirtschaftsWoche, Silke Wettach, die Aktualisierung der europäischen Industriepolitik von 2020, die von der Kommission im Mai vorgelegt wurde. Die Generaldirektorin betonte mit Impfen, dem Binnenmarkt und dem grünen Geschäftsmodell drei Themen, die eine wichtige Rolle in dem grünen und digitalen Aufschwung nach der Coronapandemie spielen. Sie hob den wichtigen Beitrag Hessens zur Impfstoffproduktion hervor, die zwischenzeitlich auf eine Milliarde Dosen pro Monat angestiegen sei. Ein wichtiges EU-Thema seien jetzt auch die Entwicklung von Therapien. Des Weiteren soll der Binnenmarkt durch ein neu verfasstes Krisenprotokoll in künftigen Krisensituationen besser geschützt werden. Das digitale COVID-Zertifikat der EU soll den freien Personenverkehr innerhalb der EU künftig erleichtern. Außerdem verwies Frau Jorna auf die Wichtigkeit eines rechtlichen Rahmens und eines gesicherten Zuganges zu Rohstoffen, um ein erfolgreiches grünes Geschäftsmodell zu entwickeln. Neben den Grundstoffen müssten aber auch Fähigkeiten für den neuen Arbeitsmarkt und grüne Energie, vorhanden sein. Da grüner Strom tatsächlich knapp werden könne, sei die EU Wasserstoff-Allianz so entscheidend. Dank des Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“ würden die notwendigen finanziellen Mittel in allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Der Aufbau alternativer Wertschöpfungsketten in Kooperation auch mit Drittstaaten, um Abhängigkeiten von China abzubauen, sei ebenfalls von Bedeutung. Thema war u.a. auch Wettachs Hinweis auf die Befürchtung vieler deutscher Unternehmen vor einer möglichen Deindustrialisierung aufgrund des grünen Wandels. Hier verwies Jorna u.a. auf den im Rahmen des „Fit for 55“ Pakets vorgelegten Vorschlag für einen Grenzausgleichsmechanismus als Instrument, um den Unternehmen Investitionsschutz zu bieten. Zudem sieht Frau Jorna den grünen Wandel als eine Chance für europäische Unternehmen, die Exportmärkte von morgen aufzubauen. Speziell in den Bereichen Wasserstoff, Batterien und Sonnenenergie wurde von ihr ein weltweiter Anstieg in der Nachfrage nach dekarbonisierten Projekten vorausgesagt.

Hessens Livestream: Die EU-Verkehrspolitik und ihr Beitrag zum Green Deal

Am 20.07.2021 fand in der Veranstaltungsreihe „Europa im Gespräch“ auf Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich eine Veranstaltung mit Verkehrskommissarin Adina Vălean zum Beitrag der Verkehrspolitik zum Green Deal statt. In seinem Grußwort hob Europastaatssekretär Mark Weinmeister zunächst hervor, dass die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft nicht nur großen Einfluss auf die gesamte Wirtschaft, sondern auch auf die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch in Hessen, haben werde. Die Hessische Landesregierung handele klar nach dem Grundsatz „Efficiency first“. Hessen als Transitland, aber auch als Standort eines der größten Hubs in der EU, dem Frankfurter Flughafen, sei besonders betroffen. Daher richte die Landesregierung auf den Verkehrssektor ein besonderes Augenmerk. Gerade im Flugverkehr wolle man „Trendsetter“ sein, u.a. beim Einsatz von E-Fuels. Hessen unterstütze z.B. mit dem Kompetenzzentrum für Klima- und Lärmschutz im Luftverkehr „CENA“ im „House of Logistic and Mobility“ (HOLM) den Aufbau von Kapazitäten zur Produktion synthetischen Kraftstoffe. Kommissarin Adina Vălean sprach zunächst ihr tiefes Mitgefühl für die von der Flut betroffenen Menschen aus.

Sodann erläuterte sie das Paket der Kommission „Fit for 55“ und wies zunächst darauf hin, dass die Zielvorgaben der Reduzierung der Treibhausgasemissionen von 55% bis 2030 bereits verbindlich seien. Es gehe jetzt darum den Rechtsrahmen zur Erreichung dieses Ziels zu schaffen. Dies gelte besonders für den Verkehrssektor, der für ca. 29% der Treibhausgasemissionen verantwortlich sei. Viele Bereiche sind abhängig vom Verkehrssektor, daher sei hier Intelligenz besonders gefragt. Unternehmen würden gegenwärtig Investitionen in saubere Flotten scheuen, da sie zu teuer seien und zudem die Infrastruktur fehle. Sie betonte, dass der Luftverkehr bei dem Thema Dekarbonisierung besonders wichtig sei. Hier gäbe es bereits alternative Kraftstoffe, die man einsetzen könne. Hessen sei hier gut aufgestellt um den Nutzen daraus zu ziehen. Sie lobte dabei ausdrücklich die diesbezüglichen Aktivitäten des Frankfurter Flughafens. Zum einen hob sie die Pilotanlage für die Herstellung von synthetischem Kerosin nicht biogenen Ursprungs („Power to Liquid“ - PTL) hervor, aber auch die Aktivitäten des Flughafens Frankfurt als Partner des „European Airport Carbon Accreditation“. Die Kommission unterstütze die Bestrebungen der Flughäfen Klimaneutralität zu erreichen. Ausdrücklich hob sie die Vorschläge für einen neuen Rechtsrahmen für Kraftstoffe im See- und Luftverkehr hervor. Grundsätzlich sprach sich die Verkehrskommissarin dafür aus, dass bei allen neuen zusätzlichen Investitionen auch der Aspekt der Resilienz zu beachten sei. Bei der Schiene gehe es darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Gespräche von Staatssekretär Mark Weinmeister in Brüssel

Am 22.07.2021 führte der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister eine Reihe von politischen Gesprächen in Brüssel. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Michael Hager, Kabinettschef des geschäftsführenden Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis, standen das am 14.07.2021 von der Kommission vorgelegte Klimaschutzpaket „Fit for 55“, Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik, wie Taxonomie und insbesondere das von der Kommission am 20.07.2021 vorgelegte Paket zur Bekämpfung von Geldwäsche. Weinmeister betonte u.a. die Eignung Frankfurts als Sitz für die neue Geldwäsche-Agentur. Das Geldwäschepaket war auch Gegenstand des Gesprächs mit Kolja Gabriel, Leiter der EU-Vertretung des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB). Der BdB hatte in einem Positionspapier unter dem Titel „Finanzstandort Deutschland verbessern“ sich für eine Ansiedlung der Geldwäsche-Agentur in Frankfurt ausgesprochen. Mit Dr. Markus Schulte, Hauptberater in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission und Direktor in der Europäischen Investitionsbank (EIB) erörterte der Staatssekretär die Umsetzung des neuen Programms InvestEU und die Rolle der EIB in diesem Zusammenhang.

Hessens Livestream: „Nachhaltigkeit im Finanzsektor – Perspektiven der Taxonomie-Verordnung“

Am 22.07.2021 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine digitale Veranstaltung zum Thema „Nachhaltigkeit im Finanzsektor – Perspektiven der Taxonomie-Verordnung“ statt. Zentrales Thema war eine Analyse der Taxonomie sowie die Rolle, die der Finanzsektor in der grünen Transformation spielen kann. In seinem Grußwort betonte zunächst Staatssekretär Weinmeister, dass die Umsetzung des Green Deals und die Frage der Finanzierung, eine Frage sei, die Hessen umtreibt: Hessen stehe hinter den Klimazielen der EU, stehe zur Klimaneutralität 2050 und den verbesserten Klimazielen 2030. Michael Hager, Kabinettschef des geschäftsführenden Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis hob bei der Veranstaltung hervor, dass die Einordnung und Prüfung aller wirtschaftlichen Aktivitäten in der EU auf ihren grünen Inhalt notwendig sei. Das passiere jedoch nicht von selbst, erklärte er. Deshalb müssten alle Sektoren darauf geprüft werden, welcher Beitrag zum Klimaschutz

geleistet werden könne. Dabei sei auch der Finanzsektor gefordert. Allerdings werde nur der Anstoß dazu gegeben, sich auf den grünen Pfad zu begeben. Es würden Anreize gesetzt, mit denen versucht wird, zur Klimaneutralität zu kommen, sagte Hager weiter. Bezogen auf die Mitgliedstaaten (MS) sagte Hager, dass diese kein durchweg gleiches Verständnis zur Nachhaltigkeit hätten. In den Themen „Nuklear“ und „Gas“ sei diese unterschiedliche Meinung der MS besonders deutlich geworden, aber auch zu anderen Themen, beispielsweise Waldbewirtschaftung, gäbe es unterschiedliche Auffassungen. Ein gleiches Verständnis sei auch nicht das Ziel der Taxonomie, sondern vielmehr eine „Champions League“ zum Thema Grün und Nachhaltigkeit anzubieten. Zuletzt äußerte sich Michael Hager zur Taxonomie auf internationaler Ebene. Eine internationale Plattform sei bereits aufgesetzt worden, um über eine globale Taxonomie zu diskutieren. Hier seien die Sichtweisen sehr unterschiedlich. Gleichwohl bestehe international Interesse an dem Konzept, beispielsweise seitens Japan. Es würde gegenwärtig von außen beobachtet, wie hoch die Bereitschaft der Wirtschaft in Europa sei und wie Europa reagiere.

V o r s c h a u

Europäischer Rat

Es findet während der Sommerpause keine Tagung statt.

Rat

- | | |
|---------------|--|
| 01./2.09.2021 | Informelle Tagung der Verteidigungsministerinnen und –minister |
| 02./3.09.2021 | Informelle Tagung der Außenministerinnen und -minister – Gymnich |

Europäische Kommission

Aufgrund der Sommerpause finden zurzeit keine Sitzungen des Kommissionskollegiums statt.

Europäisches Parlament

Aufgrund der Sommerpause finden Plenarsitzungen des EP erst wieder am 13.09.2021 statt.

Ausschuss der Regionen

Bis zum 09.09.2021 ist im AdR sitzungsfreie Zeit.

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|---|
| 02.08.2021 | Urteil des Gerichtshofs in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-262/21 PPU (A): Kindesentführung – Dublin-III-Verordnung |
| 02.09.2021 | Urteile des Gerichtshofs in den Rechtssachen C-854/19 (Vodafone), C-5/20 (Vodafone) und C-34/20 (Telekom Deutschland): Roaming, Tethering und |

Datengeschwindigkeit bei kostenlos zubuchbaren Mobilfunk-Optionen

- 02.09.2021 Urteile des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C-647/19 P (Ja zum Nürburgring / Kommission) und C-665/19 P (NeXovation / Kommission): Staatliche Beihilfen Deutschlands zugunsten des Nürburgrings
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-718/18 (Kommission / Deutschland): Umsetzung der Elektrizitätsrichtlinie 2009/72 und der Erdgasrichtlinie 2009/73
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-570/19 (Irish Ferries): Fahrgastrechte im Schiffsverkehr
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-930/19 (État belge): Aufenthaltsrecht nach Scheidung von EU-Bürgern
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-350/20 (Istituto nazionale della previdenza sociale (INPS)): Aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen für Drittstaatsangehörige für den Bezug der Geburtsbeihilfe in Italien
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-932/19 (OTP Jelzálogbank): Missbräuchliche Klauseln in Fremdwährungskreditverträgen
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-169/20 (Kommission / Portugal): Zulassungsteuer für aus anderen Mitgliedstaaten eingeführte Gebrauchtwagen
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-928/19 P (EPSU / Kommission): Kontrollbefugnisse der Kommission bei von den Europäischen Sozialpartnern geschlossenen Vereinbarungen
- 02.09.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-66/20 (Finanzamt für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Münster): Ausstellung einer Europäischen Ermittlungsanordnung durch ein Finanzamt
- 02.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshofs in der Rechtssache C-117/20 (bpost): Verbot der Doppelbestrafung: Postregulierungsrecht – Wettbewerbsrecht
- 02.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshofs in der Rechtssache C-151/20 (Nordzucker): Verbot der Doppelbestrafung in Kartellsachen

Europäisches Gericht

Die Wochen vom 19.07. bis 27.08.2021 sind sitzungsfreie Zeit.

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 03.09.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA